

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 9. August 1905

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jeklin (Zunder), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Die Stellung der Frauen im Entwurf einer Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. — Jugend und Sozialismus: I. Von Luise Zieg. II. Von Dr. Ludwig Frank. — Ferien für die Mutter. Von e. th. — Amtliche Untersuchung der Arbeiterinnenheime in der Schweiz. Von L. Z. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Katzenstein. Notizen: Der Kampf in der vogtländisch-schüringischen Textilindustrie. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenbewegung. Feuilleton: Die Sternensucht. Von Otto Erich Hartleben. (Gebicht.) — Die Eigentumsfanatiker. Von Ludwig Thoma. (Schluß.) — Sängelos. Von Lu Märten. (Gebicht.) — Moderne Dce. Von Otto Erich Hartleben. (Gebicht.) — Die Wiederkehr. Von Otto Erich Hartleben. (Gebicht.)

Die Stellung der Frauen im Entwurf einer Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Sozialdemokratie heisst die Frau als gleichberechtigte Mitkämpferin in ihren Reihen willkommen; sie war in Deutschland die erste und lange die einzige politische Partei, welche die Frau als Mitglied mit gleichen Pflichten und Rechten wie den Mann in ihre Organisationen aufnahm. Sie anerkennt nicht nur das Recht des Weibes auf Mitarbeit am politischen Leben, sie proklamiert deren Bürgerpflicht, sie ist sich klar über das Interesse, welches sie selbst daran hat, daß die Frau in die Arena des politischen Kampfes tritt. Ihre Haltung entspricht ihrem Programm, das sich ausdrücklich für die volle soziale Gleichberechtigung der Geschlechter erklärt; sie wird bedingt durch ihre geschichtliche Auffassung vom Gange und den Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung; sie ist der Ausfluß ihres Wesens als der breitesten demokratischen Bewegung, welche die Geschichte kennt.

Der Entwurf des neuen Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei steht daher in seinem § 1 die Zugehörigkeit der Frau zur Sozialdemokratie als eine Selbstverständlichkeit vor. „Zur Partei gehört wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennet und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.“ Was dieser Paragraph besagt, das wird noch vervollständigt und unterstrichen durch die Erklärungen des Parteivorstandes und anderer, daß die geforderte stramme Zentralisation unmöglich sei, weil sie zufolge der meisten einzelstaatlichen Vereinsgesetze die Frauen außerhalb des Rahmens der Partei, abseits von ihrem Leben stellen würde. Man sollte meinen, daß damit die Frage nach der Stellung der Frau als eines gleichberechtigten und gleichberechtigten Mitglieds der sozialdemokratischen Organisation entschieden sei.

Und dem wäre auch so ohne bestimmte Faktoren, welche für die politische Betätigung der Frau entscheidende und zwar hemmende Sonderverhältnisse schaffen. Die Vereinsgesetze verbieten in dem weitaus größten Teile von Deutschland den Frauen die Mitgliedschaft in politischen Organisationen und die aktive Beteiligung an ihren Versammlungen. Die jahrhundertalte unerbürliche Stellung des weiblichen Geschlechtes in Familie, Gesellschaft und Staat hat in der Frau die Entwicklung von Bürgerstolz und Bürgertugend unterbunden, hat sie zur politisch stumpfsinnigen und Gleichgültigen gemacht, deren Abkehr vom politischen Leben überwunden werden muß. Lebensgewohnheiten, Herkommen und Pflichten halten die Frau mehr als den Mann im Hause fest und schaffen besondere innere und äußere Bedingungen für die Agitation, die sie aus ihrer politischen Rückständigkeit erwecken soll. Die Überbürdung mit der Doppellast der Brotfron und Hausarbeit legt so unbarmherzig Beschlag auf Zeit und Kraft der Proletarierin, daß sie sich im allgemeinen nicht in dem gleichen Umfang wie der Mann am politischen Kampfe beteiligen kann. So findet die Sozialdemokratie im weiblichen Proletariat ein besonders schwieriges Rekrutierungsgebiet für organisierte Kämpferscharen; so tritt die Frau ihr Recht zur Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Partei unter weit ungünstigeren Bedingungen an als der Mann.

Dieser Stand der Dinge erklärt, daß sich zwei weitere Paragraphen des Entwurfes mit der Stellung der Frau in der Partei befassen, und was sie festlegen. Der eine davon ist neu, § 14. Er lautet: „Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteinstanzen gewählt werden.“

Der Paragraph dünkt uns von besonderer prinzipieller und praktischer Wichtigkeit. Er begreift in sich die Anerkennung der proletarischen Frauenbewegung als eines Teiles der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung, der mit dieser in innerer Wesenseinheit verbunden ist, aber seiner eigenen Organe bedarf. Er ist der Ausdruck unserer Auffassung vom Charakter und von den Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung und gleichzeitig die Frucht der praktischen Erfahrung über die Mittel und Wege, diese Aufgaben zu erfüllen. Was in letzterer Beziehung der Parteitag zu Gotha 1896 beschlossen hat, das stellt er auf eine breitere und festere Basis.

Die Aufstellung besonderer Vertrauenspersonen, welche die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu leiten haben, ist eine Notwendigkeit. Sie wird bedingt durch die vereinsgesetzliche Rechtlosigkeit der Frau in den meisten deutschen Bundesstaaten, darunter den beiden größten von allen. Als Forderung der praktischer Zweckmäßigkeit aber erweist sich, daß diese Vertrauenspersonen weibliche sein sollen. Die Frau kennt am besten alle die inneren und äußeren Hemmungen, welche aus der Eigenart der Frau, ihrer rückständigen Entwicklung und Stellung, ihrem Gebundensein durch Pflichten erwachsen, sie wird ihnen am ehesten beizukommen, sie am erfolgreichsten zu überwinden verstehen. Jedoch nicht allein die innere Disposition der Frau, welche die Frau gewinnen soll, spricht für die Arbeitsteilung zwischen männlichen und weiblichen Vertrauenspersonen. Nicht minder die Überlastung der Genossen, welche in den politischen Organisationen an führender Stelle stehen und die ungeheure, wachsende Fülle der praktischen Tagesarbeit bewältigen müssen. Die Anforderungen, die an sie herantreten, schließen aus, daß sie noch nebenher die Agitation unter dem weiblichen Proletariat planmäßig und mit dem nötigen Nachdruck betreiben könnten. So wertvoll ist, was ein jedes Genosse zur Förderung der proletarischen Frauenbewegung leisten; so unentbehrlich, was die Partei zu ihrer Unterstützung tut: am kräftigsten schreitet sie dort vorwärts, wo unter Leitung einer tüchtigen weiblichen Vertrauensperson ein Stamm geschulter Genossinnen für die Einbeziehung der Proletarierinnen in den Klassenkampf wirkt.

Durchaus hinfällig ist die hier und da geäußerte Befürchtung, daß durch die Aufstellung weiblicher Vertrauenspersonen der Keim zur Abspaltung der proletarischen Frauenbewegung von der allgemeinen Bewegung, der Keim zu Eigenbrödeli und Reibereien mit den Genossen gelegt werde. Gerade das Gegenteil trifft zu. § 14 bezweckt, die proletarische Frauenbewegung in immer festeren Zusammenhang mit der Sozialdemokratie zu bringen. Nicht nach Laune und Willkür der Genossinnen, sollen weibliche Vertrauenspersonen aufgestellt werden, sondern nur nach geschickter Verständigung mit den Parteinstanzen. Das setzt eine ernste Prüfung der Vorbedingungen für eine gedeihliche Tätigkeit der weiblichen Beauftragten voraus, das bedingt aber auch ein Wirken, welches sich in steter Fühlung mit der Organisation der Genossen hält, ihre Aktionen nicht durchkreuzt und schwächt, vielmehr ergänzt und stärkt. Die revidierte und die neue sozialdemokratische Bewegung wecken überall in der proletarischen Frauenwelt den Drang nach politischer Betätigung. In herzerfrischender Weise regen und rühren sich Kräfte, die im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes genützt sein wollen und genützt werden müssen. Sie lassen sich nicht zurückdammen, sie werden sich Bewegungsfreiheit eringen, entweder mit der Unterstützung der organisierten Genossen oder ohne sie und damit — das ist unvermeidlich — zum Teil gegen sie. In je engerer Fühlung aber mit der sozialdemokratischen Organisation diese Kräfte in die Bewegung eintreten, je umfassender sie

von der überlegenen Schulung und Disziplin der Genossen profitieren können; um so rascher und glatter wird ihre Eingliederung in das allgemeine Heer der proletarischen Befreiungskämpfer sich vollziehen; um so fester wird ihr innerer Zusammenhang mit der Partei werden; um so seltener die befürchteten Querstreifen und Reibungen. Eine Aufstellung und Tätigkeit weiblicher Vertrauenspersonen, die im Einvernehmen mit den Parteinstanzen geschieht, bringt ja die proletarische Frauenbewegung unter die Kontrolle der allgemeinen Bewegung. Die Erfahrung zeigt denn auch, daß mit dem fortschreitenden Ausbau des Systems der weiblichen Vertrauenspersonen die Konflikte zwischen Genossinnen und Genossen nicht zugenommen haben, sondern sich vermindert haben. Die Partei hat ihn daher nicht zu fürchten, wohl aber hat sie von ihm zu hoffen und ihn darum zu fördern.

Die zweite Bestimmung des Entwurfes, welche die Stellung der Frau in der sozialdemokratischen Organisation regelt, ist in § 15, Absatz 1 enthalten und bezieht sich auf die Besetzung des Parteitages. Er lautet: „Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.“ Die Bestimmung ist nicht neu, sie steht seit Jahren in Kraft. Nachdem sie — auf Antrag der Berliner Genossinnen — nach dem Statut aufgetragen gewesen, wurde sie später wieder in dasselbe eingefügt. Gegenwärtig fehlt es nicht an Stimmen — und sie werden auch in Jena ertönen —, welche abermals ihre Befestigung verlangen und das Recht von Frauenversammlungen, zum Parteitag zu delegieren, auf die Länder beschränkt wissen wollen, in denen die Frauen nicht Mitglieder politischer Vereine sein dürfen. Die Forderung wird damit begründet, daß die geltende Satzung der Frau ein Vorrrecht einräumt, „eine Extravurst brate“, weil überall, wo Männer und Frauen zusammen politisch organisiert sein können, die Genossinnen sich unter den gleichen Bedingungen wie die Genossen um ein Mandat zum Parteitag zu bewerben vermöchten.

Das klingt zutreffender, als es ist. Der Gedankengang operiert mit der Elle eines mechanischen Gleichheits- und Gleichberechtigungsprinzips und übersieht dessen oben hervorgehobene Sonderverhältnisse, welche heutigentags erschweren, ja verhindern, daß große Frauenmassen regelmäßig und stetig an der politischen Tagesarbeit der Partei teilnehmen. Die meisten aufgestellten Proletarierinnen werden — wie die Dinge liegen — ihre wachsende politische Reife und Schulung weit mehr dadurch befunden, daß sie verständnisvoll und opferbereit hinter der Front der Kämpfenden stehen und die Kampfesfreudigkeit und Kampfesfrische der Männer erhöhen und künftige Streiter erziehen, als daß sie selbst vor die Front treten und in den vordersten Reihen stehen. Das folgt vor allem aus der Gebundenheit der Frau durch Hauswirtschaft und Kind, eine Gebundenheit, die der Mann leider nur recht selten dadurch mildert, daß er es vorurteillos nicht seiner Würde erachtet, seinerseits gelegentlich einen größeren Teil häuslicher und väterlicher Pflichten zu tragen.

Aber die Quantität schlägt auch in unserem Falle in die Qualität um. Die geringere Zahl der Genossinnen, die regelmäßig am öffentlichen Parteileben teilnehmen, wird zum geringeren Anrecht auch der tüchtigsten Kämpferin auf ein Mandat zum Parteitag. Mathematisch stimmen die Berechnungen aufs Haar, welche dartun, daß hier oder da auf Grund des geringen Prozentsatzes der Frauen, welche sich aktiv an der Parteiarbeit beteiligen, keine Genossin ihre Delegation erwarten könne. Aber den Leistungen der einzelnen mitarbeitenden Genossinnen gegenüber, die dem besten Genossen gleich ihre ganze Kraft in den Dienst der Bewegung stellen, wird die tadellose Berechnung zur Ungerechtigkeit, die um so schärfer empfunden wird, als das Weib, um Gleiches leisten zu können wie der Mann, meist mehr Energie und Opfermut aufwenden muß, als er. Von anderen Umständen zu schweigen, welche es der Frau erschweren, auch bei gleicher Leistungsfähigkeit im politischen Kampfe mit dem Manne um ein Mandat zu konkurrieren. Unseres Erachtens muß das berücksichtigt, muß die

Frage von einer höheren Warte aus betrachtet werden als der einer ziffermäßigen Wichtigkeit. Auch der Hinblick auf die Notwendigkeit, die Scheu der Frau vor dem öffentlichen Leben zu überwinden, ihren Eifer zu beleben, ihr Persönlichkeitsbewußtsein zu wecken, muß bei ihrer Beantwortung mitsprechen. Ebensovienig wie Sondergesetze zum Schutze der Arbeiterin gegen die kapitalistische Ausbeutung das Recht der Frau antasten, ebensovienig überspannt es die betreffende Sonderbestimmung des Statuts zum Vorrecht. Wie jene dient sie zum Ausgleich bestimmter Sonderverhältnisse zu Ungunsten des weiblichen Geschlechtes. In Wirklichkeit ist sie weit weniger ein Vorrecht, als das Zugeständnis von der geringeren Konkurrenzmöglichkeit der Frau im Werben um ein Mandat. Die gleiche Leistungstüchtigkeit vorausgesetzt, kann man dem Stamme der tätigen Genossinnen statt der noch mangelnden großen Zahl von Mitkämpferinnen wohl die Zahl der Männer zugute rechnen, denen lediglich durch das bewußte Mühen und oft Entfagen der Frauen politische Kampfstüchtigkeit gesichert wird.

Unbegründet ist die Befürchtung, daß die Fortdauer der Bestimmung zu „einer Überschwemmung“ des Parteitag mit Frauen führen würde, denen es mehr um die Befriedigung ihrer Eitelkeit als um Mitarbeit in der Partei zu tun wäre, und die oft nur über „Gefälligkeitsmandate“ verfügten. Daß in punkto der Zahl weiblicher Delegierten die Räume nicht in den Himmel wachsen, dafür sorgen besser als alle Bestimmungen die Kosten einer eigenen Delegation seitens der Genossinnen und ihre bescheidenen Klassenverhältnisse. Was aber die „Gefälligkeitsmandate“ anbelangt, so ist die proletarische Frauenbewegung organisiert genug, um eine scharfe Kontrolle darüber auszuüben, daß Arbeitende und nicht bloß Paradiesernde als ihre Vertreterinnen in der Öffentlichkeit erscheinen. Gerade die Genossinnen haben seit Jahren ihren Stolz darein gesetzt, sich nicht aus freundschaftlichen Rücksichten, sondern auf Grund ihrer Leistungen für die Bewegung und in der Bewegung delegieren zu lassen. Ubrigens hat es der Parteitag in der Hand, in dieser Beziehung unnachsichtliche Strenge walten zu lassen. Er „prüft die Legitimation seiner Teilnehmer“ und kann jedes zweifelhafte Mandat zurückweisen. Die geringe, ja viel zu geringe Zahl weiblicher Mandatsträger, welche — trotz des Delegationsrechtes der Frauenversammlungen — an den bisherigen Parteitagen teilgenommen haben, ließe Klagen darüber verständlicher erscheinen, als Angst ob eines Überwucherns des weiblichen Elements.

Zerwürfnissen mit den Genossen wegen der eigenen Delegation wirkt die Notwendigkeit entgegen, daß die Genossinnen auf das Zusammenarbeiten mit den Männern angewiesen sind. Von vornherein wird daher überall das größte Gewicht darauf gelegt, daß die selbständige Delegation nicht den Charakter einer Demonstration gegen die Genossen trägt, sondern eine Maßregel praktischer Zweckmäßigkeit ist, die im Einvernehmen mit ihnen erfolgt. Tatsächlich ist denn auch bis jetzt die Zahl der Konflikte unbedeutend und lokal beschränkt, die zwischen Genossinnen und Genossen anlässlich einer eigenen Delegation der ersteren zum Parteitag entstanden sind. Und wo sie doch auftraten, war die Delegation nicht die treibende Ursache unerquicklichen Streites, sondern nur der Ausdruck eines bereits vorhandenen Mißverhältnisses.

Das Recht der Frauenversammlungen, die Parteitage mit Delegierten zu beschicken, ist sicher keine Vollkommenheit, für die wir uns begeistern. Allein wie die Dinge sind, erscheint es als ein praktischer Notbehelf, der zurzeit noch von Nutzen für die proletarische Frauenbewegung ist. Beim richtigen Gebrauch vermindert es die Reibungsflächen zwischen Genossen und Genossinnen, läßt keine Kleinlichkeit auf der einen Seite, keine Verbitterung auf der anderen aufkommen und hilft mit, die Arbeitsfreudigkeit, den Bildungsdrang, die Kampfstüchtigkeit der Frauen zu erhöhen. Die Partei hat keinen Grund — zumal solange die Delegation zum Parteitag überhaupt nicht besser geregelt ist als jetzt — engherzig formalistisch zu sein. Dagegen sprechen viele Erwägungen für eine weitherzige Regelung der Frage, welche den Frauen als treuen Mitarbeitenden auch volles tatsächliches Recht als Mitarbeitenden und Mitentscheidende sichert. Eine solche Regelung würde ihr bescheidenes Teil zur Förderung der proletarischen Frauenbewegung beitragen, die Wein vom Wein und Fleisch vom Fleisch der allgemeinen sozialistischen Bewegung ist. Im Interesse des Proletariats liegt jede Maßregel, die ihre Kraft stärkt, die Proletarierinnen zum Klassenbewußtsein zu rufen und sie organisiert und diszipliniert dem Klassenkampf zuzuführen.

Jugend und Sozialismus.

I.

Freudig begrüße ich es, daß Genosse Krüger durch seinen Artikel in Nr. 15 der „Gleichheit“ aufs neue vor einem größeren Forum die Frage zur Diskussion gestellt hat:

„Wie gewinnen wir die Jugend für den Sozialismus?“ Zweifellos gehört die aufgeworfene Frage zu denjenigen, denen näherzutreten immer mehr zur unabweisbaren Pflicht unserer Genossinnen und Genossen wird. Ich bin keineswegs der Ansicht, daß sie für uns mit der Erklärung erledigt ist: „Jugend ist nun einmal Jugend, die sich anstoßen will und für den Ernst des Lebens nicht zu haben ist.“ Meiner Meinung nach bleibt dadurch, daß man sich mit der Agitation bisher speziell an die Jugend fast gar nicht wendete, sehr viel Kraft und Begeisterung ungenutzt. Man ist meines Erachtens viel zu sehr gewöhnt, den Erfolg unserer Agitation nur an unserer Stimmzunahme bei den Wahlen zu messen. Und naturgemäß wendet man sich bei derselben darum zuerst und vornehmlich an den Teil der Bevölkerung, der für den Wahlausfall in Frage kommt: an die großjährigen Männer. In zweiter Linie denkt man erst an die Frauen und die Jugend. Hingru kommt dann noch, daß die reaktionäre Vereinsgesetzgebung in den verschiedenen Bundesstaaten der Agitation und Organisation sowohl unter den Frauen als auch unter der Jugend überaus hemmend in den Weg tritt.

Aber selbst dort, wo das nicht der Fall ist, wo die Jugend den politischen Vereinen angehören kann, bedingen es die Aufgaben der letzteren, daß dem Bildungsdrange der jungen Mitglieder keineswegs im Rahmen der Organisationen Genüge geschehen kann. Das hat in lichtvoller Weise und mit zwingender Logik unser badischer Genosse, Dr. Ludwig Frank, in der „Neuen Zeit“ nachgewiesen. Und doch hat wohl jeder von uns den heißen Wunsch, schon bei der Jugend, während der Zeit, wo der Mensch der höchsten Begeisterung fähig ist, wo er in überschäumender Jugendkraft und Latendrang den Himmel stürmen möchte, diese Begeisterung und Kraft für den Dienst unserer Bewegung zu gewinnen. Aber wie dies anfangen?

Genosse Krüger schlägt vor, „Jugendheime“ zu gründen, und erörtert, wie er sich die Ausgestaltung der „Heime“ und ihre Wirksamkeit denkt.

Ganz abgesehen davon, daß solche „Heime“ ebensovienig einen festen Rahmen für die Zusammenfassung der Jugend sein würden, wie öffentliche Versammlungen, muß die Durchführung des Vorschlags scheitern an der Frage: Woher die Geldmittel und die erforderlichen Anleitungs- und Lehrkräfte nehmen? In kleineren Orten, wo die Zahl der organisierten und sich für diese Frage interessierender Genossen und Genossinnen verhältnismäßig gering ist, wird die Beschaffung der Mittel für ein Heim die Kräfte übersteigen. Und daselbe gälte für die großen Orte, wo der großen räumlichen Entfernung halber natürlich mehrere solcher „Heime“ geschaffen werden müßten. Genau so sieht es aus betreffs der Anleitungs- und Lehrkräfte. Genosse Krüger gibt zwar der Überzeugung Ausdruck, daß überall genügend Genossinnen sein würden, die im Interesse der Partei gern in Heimen wirken würden. Ich bezweifle das sehr, das heißt nicht etwa den guten Willen der Genossinnen, wohl aber das Vorhandensein einer genügenden Anzahl von ihnen, die die nötige Zeit alltäglich zur Verfügung stellen können. Man denke, für Gruppe I will Genosse Krüger das „Heim“ von 3 bis 7 Uhr täglich geöffnet wissen, für Gruppe II von 7 bis 10 Uhr abends.

Doch hiervon ganz abgesehen, scheint mir, daß Genosse Krüger, wenn wir von der Gewinnung der „Jugend“ für die Sozialdemokratie reden, einmal den Begriff „Jugend“ zu weit faßt, und zweitens das Ziel mittels eines Weges erreichen will, welcher die Kritik herausfordert.

Es kann meines Erachtens keineswegs Aufgabe der öffentlichen Agitation und einer Art Organisation sein, sich bereits an die Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren zu wenden, wie Genosse Krüger es wünscht. Dieser weist uns da eine Aufgabe zu, deren Lösung einmal der Familie und dann der Kommune obliegt. Nehmen wir das letztere vorweg. Es kann unmöglich Aufgabe der Partei sein, Kinderhorte zu gründen, in denen Kinder nach Beendigung des Schulunterrichts Aufnahme und Unterweisung finden. Es ist unbedingt Aufgabe der Kommune, Sorge zu tragen, daß Institutionen geschaffen werden, denen solche Eltern, die dem Proletarier nachgehen müssen, ihre Kinder anvertrauen können, damit sie vor geistigem, sittlichem und leiblichem Schaden bewahrt bleiben. Aufgabe unserer Vertreter in den Kommunalverwaltungen ist es, für die Durchführung dieser Forderung mit allem Nachdruck einzutreten. Unsere Aufgabe ist es, durch Propaganda die Massen aufzuwecken, daß sie der Forderung den nötigen Nachdruck verleihen. Private Unternehmungen können nur einem ganz kleinen Prozentsatz der in Frage kommenden kleinen Aufnahme gewähren, wir würden uns unendliche Lasten mit der Gründung von Kinderhorten auflegen, das soziale Gewissen würde statt geweckt, eingeschlafert werden und — der Erfolg stände doch noch in Frage, da wir erst in der Öffentlichkeit Propaganda machen und indifferente Eltern (deren Kinder eine Beaufsichtigung am nötigsten hätten) für das Projekt gewinnen müßten.

Im übrigen wird es Aufgabe der Familie sein, bei Kindern im Alter von 10 bis 14 Jahren auf Gemüt und Verstand in unserem Sinne einzuwirken. Ohne sie systematisch in die Ideen des Sozialismus einzuführen, kann man in ihrem Herzen und Hirn doch den Boden vorbereiten zur späteren Aufnahme dieser Ideen. Das geschieht dadurch, daß man sie lehrt, mit offenen Augen um sich zu schauen, zu beobachten, zu denken, zu urteilen. Klar sehen, logisch denken können, Freude an der Natur, der Kunst und Wissenschaft haben; dazu die Kinder zu erziehen, ist neben der Schule (die leider so unendlich viel zu wünschen übrig läßt)

die Familie berufen. Genosse Krüger hat ganz recht, daß die Kinderbeilage unserer „Gleichheit“ in dem charakterisierten Sinne erzieherisch auf die Kinder wirkt. Desgleichen auch manche andere Jugendliteratur. Indem wir mit ganzer Kraft für die größtmögliche Verbreitung unserer „Gleichheit“ Sorge tragen, sichern wir uns einen großen Einfluß auf die Proletarierkinder.

Ebenso wirkt eine möglichst intensive Agitation unter den Frauen. Der Vorteil, der für unsere Allgemeinbewegung durch die Agitation unter den Frauen insofern erzielt wird, als wir uns dadurch einen größeren Einfluß auf die heranwachsende Jugend sichern, wird meist in durchaus ungenügender Weise eingeschätzt. Eine sozialistisch denkende Frau hat täglich Gelegenheit, anknüpfend an die Erscheinungen des Lebens, ihren Kindern Solidarität zu lehren, den Klasseninstinkt zu wecken, Kritik zu üben an bestehenden Einrichtungen, zu zeigen, was eine sozialistische Gesellschaft schaffen, wie sie handeln würde usw. Aufgeweckte Kinder werden auch auf die Gespräche der Eltern achten, wenn diese sich über Tagesfragen unterhalten oder über unsere Ideale. Sie werden lernen an dem Beispiel, das Vater und Mutter ihnen in ihrem Verhalten geben usw. Durch Belehrung, Beispiel und Willen werden die Kinder vorbereitet für das spätere Eindringen in die Ideenwelt des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie werden später ohne weiteres zu uns kommen, da sie mit ihrem Denken und Fühlen schon zu uns gehören, wenn sie die Schule verlassen.

Wie kann nun diese aus der Schule entlassene Jugend für uns gewonnen und in die Ergebnisse unserer Wissenschaft eingeführt werden?

Meiner Meinung nach sollte man möglichst überall Jugendorganisationen gründen. Abgesehen von Mecklenburg wird das meines Erachtens überall angängig sein. Freilich könnten diese Organisationen in manchen Bundesstaaten keinen politischen Charakter tragen. Wo das ausgeschlossen wäre, müßten die Jugendorganisationen den Charakter von Bildungsvereinen erhalten, und die Erörterung politischer Fragen müßte in die öffentlichen Versammlungen gelegt werden. (Für Sachsen wäre allerdings das letztere ebenfalls unmöglich.) Wir müßten uns in ähnlicher Weise zu helfen suchen, wie wir es bezüglich der Agitation unter den Frauen halten.

Die Jugendorganisationen sollten ihren Mitgliedern nicht bloß Unterricht an den Vereinsabenden erteilen, sondern ihnen ermöglicht die Arbeiterbibliotheken zugänglich machen, im Sommer gemeinschaftliche Ausflüge, im Winter literarische Abende usw. veranstalten. Wo die Vereinsgesetze der Jugend den Eintritt in die sozialdemokratischen Vereine nicht wehren, da sollte man keine besondere Organisation schaffen, sondern innerhalb des Vereins wäre eine Jugendabteilung einzurichten. Diese Abteilung hätte dann ihre besonderen Vereinsabende, die der Aufklärung und der Vertiefung des Wissens der Mitglieder gewidmet sein müßten. Unnötig zu sagen, daß ich es für selbstverständlich halte, daß die Jugend nicht von der praktischen Kleinarbeit im Dienste der Bewegung befreit werde. Im Gegenteil. Ihre Kraft soll nach jeder Richtung hin nutzbar gemacht werden für die Partei. Aber ihr Streben soll sich nicht erschöpfen in der Kleinarbeit. Die Jugend soll unterrichtet, geschult, diszipliniert werden und damit befähigt für den Kampf und all die zu bringenden Opfer. Mit einem Worte: die Jugendorganisationen sollen für uns bisher brachliegende Kräfte nutzbar machen und vor allem zur Vertiefung unserer Bewegung beitragen. Kann die Form der Organisation und die Art der Agitation im „einigen“ deutschen Vaterland leider keine einheitliche sein, so ist das kein Grund gegen die Sache selbst. Luise Bley.

II.

Der Vorschlag des Genossen Krüger, in Jugendheimen die Rekruten der sozialistischen Armee heranzubilden, ist eines der vielen Wetterzeichen, die ankünden, daß die Jugendfrage einer Lösung entgegenstreitet. Immer lauter werden die Klagen, daß „die Partei in die Breite, nicht in die Tiefe wachse“, daß „der Idealismus schwinde“, daß „der Sinn für die Theorie zurückgehe“, — und aus all diesen verschiedenen Wendungen klingt wie ein gleicher Unterton die Überzeugung, daß der hohe, stolze Bau unserer Partei neu fundamementiert werden müsse.

Durch zwei Mittel, notwendig verbunden wie Griff und Klinge eines Schwertes, erreicht die Arbeiterklasse ihre weltgeschichtlichen Ziele: durch revolutionären Kampf und unermüdete Selbsterziehung, und die Partei wird prüfen müssen, ob keiner dieser beiden Faktoren in den letzten Jahren vernachlässigt wurde, ob namentlich der erzieherische Teil ihrer Aufgaben erfüllt worden ist. Das Ergebnis einer solchen Untersuchung ist für jeden, der die Dinge beim rechten Namen zu nennen gewohnt ist, nicht zweifelhaft: Die Organisationen sind überlastet durch die kleine und manchmal fleinliche Tagesarbeit, deren Unentbehrlichkeit ja außer Zweifel steht; fast alle verfügbaren Kräfte sind in Anspruch genommen durch die Wahlen für die Parlamente, die Gemeinden, die Gewerbevereine, die Krankenkassen; die jungen Menschen, die voll Begeisterung zu uns kommen, werden sofort eingespannt an den Wagen der „praktischen“ Tätigkeit; sie verteilen Flugblätter und Stimmzettel, sie suchen Abonnenten für die Presse, — aber wenn sie gehofft haben, planmäßig eingeführt zu werden in die Grundsätze und Geschichte der Partei, werden sie bald enttäuscht sein; man reicht ihnen Steine statt Brot. Ist aber festgestellt, daß dem politischen Bildungsbedürfnis unseres Nachwuchses nicht genügt wird, so ergibt sich für die Partei die Pflicht, helfend einzugreifen, und es wäre ein verhängnisvoller Fehler, die Gefahren einer Unterlassung auf diesem Gebiete zu unterschätzen, denn die

* Sozialistische Jugendorganisationen, Dr. Ludwig Frank, „Neue Zeit“ 1904, Nr. 49.

sich um den Ausschluß eines organisierten Metallarbeiters, dessen Frau während des Kampfes der Zigarettenarbeiterinnen in Dresden Streikarbeit geleistet hatte. Da ein Beschluß der Gewerkschaften vorlag, als Wortbrüchigen den Mann zu betrachten, der Streikarbeit seiner Frau duldet, so wurde in dem betreffenden Falle der Ausschluß des Mannes aus seiner Organisation beantragt und beschlossen. Der Kampf der Zigarettenarbeiterinnen hat gezeigt, daß als heimarbeitende Arbeitswillige Hunderte von Frauen geschaffen haben, deren Männer gewerkschaftlich, zum Teil auch politisch organisiert sind. Dadurch ist helles Licht darauf gefallen, welches unübersehbares Arbeitsfeld der Vesteuerung durch die Genossinnen und Genossen noch wartet. Tausende gilt es noch zu der Erkenntnis zu erziehen, daß es mit der Zugehörigkeit zur Organisation allein noch nicht getan ist, sondern daß dem Geiste der modernen Arbeiterbewegung entsprechend gehandelt werden muß. Viel treue, aufopfernde, unermüdete Agitation und Kleinarbeit muß noch geleistet werden, damit diese Erkenntnis die großen Massen durchdringt und sie zu Kämpfern und Kämpferinnen für unsere Ideen erzieht. Der Tabakarbeiterverband veranstaltete während des Kampfes in der Umgebung von Dresden Volksversammlungen, die von Tausenden besucht waren. Die Unterzeichnete referierte in Freiberg, Curschach, Virsligt, Deuben, Dresden-Neustadt, Nauendorf, Altona, Haudekrode, Koblitzdorf und Gorbiz. Durch diese Versammlungen galt es vor allem, die Heimarbeitenden heranzuholen und zu bestimmen, keine Streikbrecherdienste zu leisten. Unsere Agitation hat das zum großen Teile erreicht. Recht wirksam haben die Gewerkschaftskartelle von Hamburg, Altona und Wandersbeck den Kampf unterstützt. Sie veranstalteten Versammlungen, in denen ich über die Lage und die Aussperrung der Zigarettenarbeiterinnen referierte. Es wurde diesen aller Beistand zugesichert und der Boykott über die Firmen verhängt, die ihre Arbeiterinnen aufs Pflaster geworfen hatten, um ihnen das Koalitionsrecht zu rauben. Zum Glück ist dieses Attentat zurückgewiesen worden. Im Anschluß an die erwähnte Agitation fand in Ottensen eine Volksversammlung statt, die von den Genossinnen einberufen worden und recht gut besucht war. Die Unterzeichnete sprach über „Die Stellung der Frau zu den wirtschaftlichen Kämpfen“. In allen Versammlungen wurden der Sache des Proletariats neue Streiter und Streiterinnen gewonnen. Besonders muß hervorgehoben werden, daß die Agitation zur Unterstützung der Zigarettenarbeiterinnen den Verbreitungskreis der sozialdemokratischen Presse erweitert hat. Diese hat Eingang in manche Wohnung, in manches Dachstübchen gefunden, wo früher bürgerliche Blätter den Geist von Männern und Frauen vergifteten und verdummten. Eine wichtige Aufgabe ist es nun, zu erhalten und zu pflegen, was gewonnen worden ist, damit uns in Zukunft Erfolge gesichert sind. Marie Wackwitz.

Die Gaardener Genossinnen versammelten sich anfangs Juli in dem benachbarten kleinen Orte Sophienhöf, aus dem ebenfalls eine Anzahl Frauen an der Versammlung teilnahmen. Genosse Breccour-Niel referierte über das Thema: „Die Frauen und die Arbeiterbewegung“. Der Referent betonte, daß die Sozialdemokratie die einzige Erbslerin der Proletarierin sei und für sie eine weit umfassendere und vollständigere Gleichberechtigung fordere, als die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. Der Vortrag sang in die Wahnung an die anwesenden Frauen aus, sich der proletarischen Frauenbewegung anzuschließen und diese mit aller Kraft zu unterstützen. Das vortreffliche Referat wurde beifällig aufgenommen. Die Aufforderung der Vorsitzenden, die „Gleichheit“ zu abonnieren, wurde von 13 Genossinnen aus Sophienhöf befolgt.

H. G.
Frankfurt a. M. Die hiesige Filiale des Schneiderverbandes entfaltete Ende Juni eine rege Agitation unter den Arbeitern und Arbeiterinnen des Gewerbes. Sie veranstaltete für die verschiedenen Branchen öffentliche Versammlungen, in denen Genossin Grünberg referierte. Die Arbeiterin der Damenschneiderei ist schon lange das Schmerzenskind der Frankfurter Organisation, die jahrelang nur einige weibliche Mitglieder davon umschloß. Der nie ruhenden Aufklärungsarbeit zufolge hat sich in letzter Zeit ihre Zahl zwar etwas gehoben, doch steht sie noch weit hinter derjenigen der Damenschneiderinnen zurück, die in Frankfurt das größte Kontingent der Arbeiterinnen stellen. Unter ihnen aufzuklären und zu organisieren ist ein schweres Stück Arbeit. Die große Mehrzahl der Schneiderinnen sind nicht Töchter von Proletariern, sondern Töchter von kleinen und kleinsten Beamten. Sie arbeiten für jeden Preis und werden somit Konkurrenzkonkurrentinnen ihrer Kolleginnen aus dem Proletariat. Bei den Besprechungen, die wir mit den Arbeiterinnen haben, hören wir von ihnen oft genug, daß sie nicht arbeiten, um zu verdienen, sondern nur um von Hause fort zu sein oder um etwas Taschengeld zu haben oder auch um die Kleidung selbst zu bestreiten. Als Arbeiterinnen fühlen sich diese Mädchen nicht. Ihren Reden nach arbeiten sie nur zum Vergnügen. Betrachtet man aber ihre Arbeitsbedingungen: die überlange Arbeitszeit, die ungesunden Verhältnisse, die menschenunwürdige Behandlung und dergleichen, so sagt der gesunde Menschenverstand: diese Ausgebeuteten schämen sich, Arbeiterinnen zu sein. Genossin Grünberg verstand es in ihrem Referat trefflich, diese Art Arbeiterinnen bei ihren Interessen zu packen und ihnen zum Bewußtsein zu bringen, was ein Blick in ihre müden Augen, auf ihre bleichen Wangen lehrt: daß ihre Lage eine proletarische und ebenso traurige ist wie die jeder anderen Lohnarbeiterin, daß sie mithin dringend einer Verbesserung ihres Loses und zu diesem Zwecke der Organisation bedarf. Wir hoffen, daß die ausgestreute Saat der Erkenntnis keimen und wachsen wird, daß in naher Zeit die Damenschneider-

rinnen ohne Unterschied der Herkunft sich in großer Zahl der Organisation anschließen. Die Genossinnen werden alles aufbieten, um das begonnene Aufklärungswerk fortzusetzen. In einer Versammlung der Konfektionsarbeiter und -arbeiterinnen geißelte die Referentin scharf die himmelstreichenden Schäden der Heimarbeit, unter denen besonders viel Frauen und Mädchen auf das schwerste leiden. Hell beleuchtete sie unter anderem, wie die Konfektionäre es verstehen, mittels der Heimarbeit einen großen Teil der Betriebsunkosten den Arbeitern aufzuerlegen und sich gleichzeitig der gesetzlichen Versicherungspflicht zu entziehen. Viele Unternehmer beschäftigen nur Arbeiter und Arbeiterinnen, die einer freien Hilfsklasse angehören. Ihre Schlussworte gipfelten in der Aufforderung, der Organisation beizutreten, zu agitieren und für eine durchgreifende Versicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung zu kämpfen. Eine allgemeine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen des Schneidergewerbes galt der Frage: „Welche Lehren ziehen wir aus den letzten Kämpfen?“ Sie erfreute sich eines guten Besuchs und einer regen Diskussion. In einem Taunusdorf, in dem viel Konfektion als Heimarbeit angefertigt wird, sprach Genossin Grünberg über „Die Ziele der Organisation“. Es war wohl zum erstenmal, daß eine Frau hier sprach; die Versammlung war gut besucht, und wie mir mitgeteilt wurde, gewann in letzter Zeit die Organisation 25 Mitglieder. Den Abschluß von Genossin Grünbergs agitatorischer Tätigkeit bildete eine öffentliche Frauenversammlung, in der sie über „Die Frau im 19. Jahrhundert und ihre Stellung zu den wirtschaftlichen Kämpfen“ referierte. Recht allgemein verständlich schilderte sie die arbeitende Frau, die erwachende Frau und die kämpfende Frau. An den Vortrag schloß sich die Berichterstattung der Vertrauensperson der Genossinnen, und es wurde die Neuwahl derselben vorgenommen. Die Versammlung betraute die Unterzeichnete wieder mit dem Amte und setzte eine Agitationskommission ein, bestehend aus den Genossinnen Guttnecht, Bedert, Beder, Sommer, Dörr, Vielmeier und Königsdörfer. Die Frankfurter Genossinnen werden gewerkschaftlich wie politisch fleißig weiterarbeiten.
Henriette Mirus.

Sollte in Göttingen die Begeisterung der Frauen für unsere Bewegung ein bloßes Strohhalm gewesen sein? So möchte man manchmal fragen, wenn man sieht, wie klein die Zahl der Leserinnen der „Gleichheit“, wie groß die Zahl der Leserinnen bürgerlicher Blätter ist, welche die Interessen des arbeitenden Volkes nicht vertreten, sondern verraten; wenn man sieht, wie wenig Frauen sich an den Besprechungen beteiligen, die der Aufklärung, der Mitarbeit im Dienste der Freiheit gewidmet sind. Meinen etwa die Göttinger Frauen, daß sie jetzt schon im „Zukunftstaat“ leben und nicht mehr zu lernen, zu kämpfen brauchen? Drückt sie das Elend nicht genug, und ist das Stück Brot und Fleisch vielleicht noch zu groß, das ihrer Familie von dem Unternehmertum und seinen Stellvertretern zugeschnitten wird? Wer von uns diese Fragen ehrlich beantwortet, dem kann nicht so mollig zu Mute sein, daß er auf Aufklärung und Kampf verzichtet. Im Gegenteil, klar wird ihm die Notwendigkeit vor Augen treten, sich und die Seinigen gegen die ausbeutende und knechtende Macht des Kapitals zu verteidigen. An jedem Zalerstück, das in den Geldbeutel der Hausfrau kommt, hängt Schweiß und Blut des Mannes, hängt alles, was die kapitalistische Ausbeutung an ihm sündigt. Und an jedem Zehner, der aus dem Haushalt geht, hängt die Mühe und Sorge der Frau, und was sie leiden und entbehren muß, dank der heutigen Ordnung oder richtiger Unordnung. Jeder Tag mit seinen Mühen und Qualen sagt der Proletarierin aus neu, daß sie den Kampf des Mannes für Brot und Freiheit teilen muß, damit ihr nicht als einer Unverständigen und Feigen der Fluch ihrer Kinder über das Grab hinaus folgt. Deshalb auf, ihr Frauen der Besitzlosen. Erkennt eure Interessen und eure Pflichten. Schüttelt den Stumpfismus und die Trägheit von eurem Geiste. Lernt, agitiert, schart euch zusammen, damit reiches, frohliches Leben in unserer Bewegung pulsiert. Wenn jede mit gutem Willen selbstlos ihre Kraft einsetzt, so bleibt der Lohn nicht aus.

Wilh. Weckstein.

Politische Rundschau.

Väterchen Zar ist in argen Nöten. Zu der Angst vor der Revolution kommt jetzt noch die wachsende Angst vor der Hoftamarilla. Macht er keinen Frieden mit Japan, so wirkt die Fortsetzung des Krieges mit all seinen Greueln und Fäulniserscheinungen, so wirken die voraussetzlichen Niederlagen aufrüttelnd ein auf das russische Volk und fänden die Revolution. Schließt er Frieden, so droht die Kamarrilla, die voraussetzlichen Zugeständnisse, die Rußland den siegreichen Japanern machen muß, zur Diskreditierung des regierenden Zaren auszunutzen, um ein noch gefügigeres Werkzeug von brutaleren Neigungen durch eine Palastrevolution auf den Thron zu bringen.

Nikolaus II. glaubt sich offenbar aus dieser Zwiefmähle durch das schlaue Auskunftsstück herausretten zu können, daß er zwar einen Friedensdelegierten nach Washington geschickt hat in dem aalglatten Finanzkünstler Witte, aber bei jeder Gelegenheit feierlich erklärt, daß er keinerlei Friedensabmachungen seine Zustimmung geben würde, die mit der Ehre des großen heiligen Rußlands unvereinbar seien. Da die russischen Patentpatrioten zu diesen ehrwürdigen Abmachungen sogar das Zugeständnis einer Kriegsschuldabgung rechnen, was allerdings auf das offene Eingeständnis der Niederlage hinausläuft, so sieht es mit dem Friedensschluß windig genug aus. Klammert sich doch der Zar sogar noch an den Strohhalm der Siegeshoffnung, den ihm der neue Generalissimus Vinewitsch hingehalten hat. In hoch-

trabenden Worten hat der russische Heerführer seinem Monarchen versichert, daß das ganze Heer in der Mandchurie von Siegeszuversicht erfüllt sei und darauf brenne, die bisherigen Scharten auszuweihen, — genau wie Kurapatkin vor Liaojang und Mukden. Für die Verwirklichung dieser Siegesprahlereien ist es von übler Vorbedeutung, daß den Japanern jetzt auch die Insel Sachalin, das erste Stück russischen Gebiets in diesem Kriege, in die Hände gefallen ist, und daß sie auch auf dem russischen Festland Fuß gefaßt, nach einigen Nachrichten sogar schon Wladiwostok, den großen ostasiatischen Kriegshafen Rußlands, abgeschnitten haben sollen. Denn die Japaner sind offenbar klug genug, sich durch scheinbare Friedensgeneigtheit der russischen Diplomatie nicht in Sicherheit wiegen zu lassen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden also auch die neuesten „verbläffenden“ Vorkämpfe des verzweifelt Spielers auf dem Jarenthron nichts nützen. So oder so, der in Menschenaltern durch Verbreden und Schandtaten aller Art vorbereitete Zusammenbruch des Zarenpotismus wird sich vollenden in unserer Zeit. Glücklicherweise!

Im Innern Rußlands gärt es weiter. Streiks flackern auf, bald hier, bald dort. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei, der Gendarmerie, den Kosaken. Immer lähmer, immer selbstbewußter tritt das Volk auf. Immer grauenhafter werden auch die Unterdrückungsversuche der Jarensherren. Gleichzeitig allerdings mehren sich die Zeichen, daß selbst in den brutalisierten Hirnen ihrer Werkzeuge die Erkenntnis aufzubämmern beginnt, daß sie ein gemeinsames Interesse haben mit dem Volke, aus dessen Mitte sie hervorgegangen, nicht aber mit dessen Unterdrückern. Aus verschiedenen Städten kommen Nachrichten von Weigerungen ganzer Regimenter, auf das Volk zu schießen. Sogar ein paar Regimenter Donscher Kosaken sollen in Baro Zscherkul eine gemeinschaftliche Verwahrung gegen ihre Verwendung zu Volksmeheleien erlassen haben. Dementiert werden natürlich offiziell alle solche unbequemen Nachrichten, so daß man Genoueres erst später darüber erfahren wird. Aber so viel ist jetzt schon gewiß: die Aufklärung marschiert und mit ihr die Revolution.

Ein Trost ist dem Zaren übrigens zuteil geworden durch einen Besuch Kaiser Wilhelms II. in der finnischen Hafenstadt Björkö. Nach Mitteilung irgend eines Gebärdenpähers soll Nikolaus nach der Zusammenkunft den Eindruck eines glücklichen Mannes gemacht haben. Für uns Deutsche hat die Geschichte nur Bedeutung, wenn da irgend etwas über den Austausch persönlicher Liebenswürdigkeiten hinaus abgemacht sein sollte. Abmachungen, die einen Zaren in eine glückliche Stimmung versetzen, können nur unheilbringend sein für das deutsche Volk. Auch das ist ein Beweis für die Unhaltbarkeit unserer eigenen Zustände, daß politische Entscheidungen von weittragender Bedeutung getroffen werden können, ohne daß das Volk oder seine gewählten Vertreter überhaupt gefragt werden.

Die Befahren des geheimnisfrämmerischen Diplomatenspiels auf dem Gebiete der sogenannten Weltpolitik werden dem deutschen Volke übrigens wieder einmal augenfällig vorgeführt durch die englischen Flottenmanöver, die demnächst in der Ostsee stattfinden sollen. Zweifellos ist das ein Gegenschlag gegen die Bülowischen Wachsenhaften bei dem Marokkorummel. Wenn man bedenkt, daß deutsche wie englische Chauvinisten ständig am Werke sind, um die beiden großen Kulturvölker in einen volksverderblichen, aber für allerhand Spekulanten höchst einträglichem Krieg hineinzuhetzen, so hat man allen Grund zum Argwohn gegen die Machtmanifestationen, mit denen sich die Regierungen gegenseitig zu übertrumpfen suchen. Wir haben unserer Regierung auf die Finger zu passen, wie unsere englischen Genossen der ihren, um unermeßliches Unglück für beide Völker zu verhüten.

Während bei uns sogar die Bürger der freien Hansestädte am Werke sind, der Arbeiterschaft das sowieso lärglich bemessene Wahlrecht zu verkümmern, haben die Verhältnisse in dem österreich-ungarischen Doppelstaat bereits sich so zugespitzt, daß unsere Genossen dort mit Aussicht auf Erfolg für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eintreten können. Auf dem von deutschen wie tschechischen Sozialdemokraten abgehaltenen böhmischen Parteitag wurde einmütig diese demokratische Forderung geltend gemacht und für Ungarn erzielte, sogar in Budapest eine Volksversammlung durch ihre Deputation das Zugeständnis eines Ministers, daß das allgemeine Wahlrecht den einzigen Ausweg aus dem staatlichen Wirrwarr eröffne. Das ist natürlich noch keine Übertragung des Gedankens in die Wirklichkeit. Immerhin aber ist es ein Signalstern dafür, wie der leitenden Gedanken unserer internationalen sozialdemokratischen Bewegung sich in staatlichen Nöten auch gegen das Interesse der herrschenden Klassen, aber unter deren widerwilligem Zugeständnis von ihrer Notwendigkeit durchsetzen mit unwiderstehlicher Gewalt.

G. L.

Genossenschaftliche Rundschau.

Die Verhandlungen über das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis, die auf dem Gewerkschaftskongress und den Genossenschaftstagen stattgefunden haben, üben bereits ihre Wirkungen. So hat der Verband der Bäcker in Stuttgart schon über günstige Erfahrungen berichtet, konnte sich nochmals an die bisher ablehnenden Verwaltungen behufs Anerkennung des Tarifs gewandt und sofort von vier der Anerkennung erhalten, während weitere dreißig sich zu erneuten Verhandlungen bereit erklärt haben. Wünschen wir ihnen den besten Erfolg. Abgesehen plant das Sekretariat des Zentralverbandes für den Herbst eine Erhebung über die Arbeitsverhältnisse der

Konsumvereinsangehörigen. Sie soll Hand in Hand mit den beteiligten Gewerkschaften vorgenommen werden. Es ist zu wünschen, daß alle Vereinstellungen die verlangten Angaben so genau als möglich machen. Das Ergebnis kann nur dazu dienen, den Dertel und Genossen, gewerkschaftlichen Verleumdern der Konsumvereine, durch Feststellung der vielfachen bereits erzielten Verbesserungen zwar nicht den Mund zu stopfen — wer wider besseres Wissen redet, läßt sich nicht belehren —, aber doch die Heftigkeit erheblich zu erschweren. Daneben aber wird die Feststellung zahlreicher noch vorhandener Mängel deren Beseitigung und die Anbahnung des erstrebten idealen Arbeitsverhältnisses erleichtern. Dazu gehört freilich auch die gutwillige Mitwirkung der Angestelltenverbände, die in der Genossenschaft nicht ein Ausbeutungsmittel, sondern eine Staffel auf dem Wege zur Beseitigung der Ausbeutung und zur genossenschaftlichen Organisation der Volkswirtschaft zu erblicken müssen. Das Wort Kaufmanns: Qualitätsarbeit für Qualitätslohn, das heißt genossenschaftliches Pflichtgefühl auf beiden Seiten, kennzeichnet diese Aufgabe treffend. Und die weitere Folge dieser wachsenden Annäherung gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Denkweise muß sein, daß verschiedene Eintreten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die ja heute zumeist schon in den Generalversammlungen der Konsumvereine maßgebend sind, für Erweiterung und Ausbau der Konsumgenossenschaftlichen Organisation. Wie viel da an manchen Orten, namentlich in Berlin, noch fehlt, ist bekannt genug.

Nach einem Referat des Genossen Dr. Karl Liebknecht hat die Parteikonferenz des Wahlkreises Potsdam-Spandau „eindringlich gewarnt vor der leichtfertigen Gründung von Konsumvereinen, die sich nur unter besonders günstigen Verhältnissen in größeren Orten halten können“. Diese Warnung, die auch von genossenschaftlicher Seite oft schon erfolgte, ist berechtigt, bedarf aber der Ergänzung durch die Empfehlung des Anschlusses an die bestehenden Vereine und der Errichtung neuer Konsumgenossenschaften dort, wo die Voraussetzungen ihrer gedeihlichen Entwicklung vorhanden sind. Nicht zutreffend ist die Ansicht, daß nur an größeren Orten und unter besonders günstigen Verhältnissen Konsumvereine sich halten können. In kleinen und kleinsten Orten bestehen viele Hunderte blühender Vereine zum Nutzen der besetzten Bevölkerung, und unter normalen oder durchschnittlichen Verhältnissen können sich solche bei genügendem guten Willen halten und entwickeln. Der gute Wille muß freilich da sein.

Die Generalversammlung des Lagerhalterverbandes, die vom 16. bis 18. Juli in Hamburg getagt hat, beschloß energische Agitation für den Anschluß der Konsumvereine an die neugeschaffene Unterstützungskasse des Zentralverbandes, deren Gründung als Erfüllung einer sozialen Pflicht begrüßt wurde. Für Abstellung der noch vorhandenen Mängel soll weiter gewirkt werden. Hinsichtlich der Mindestforderungen wurde ein Entwurf angenommen, der unter anderem verlangt: Achtstundentagslohn, Sonntagsruhe, wöchentlich 60stündige Arbeitszeit, zweistündigen Mittagslohn, monatlich einen Tag und jährlich eine Woche Urlaub, Höchstbetrag der Kautions von 500 Mk., deren Sicherstellung und Verzinsung, Unfallversicherung. Der größte Teil der Forderungen, die zumeist in den fortgeschrittenen Vereinen bereits erfüllt sind, läßt sich ohne große Schwierigkeiten verwirklichen. Auch hier ist der baldige Abschluß eines Tarifvertrags zu erstreben.

In Braunschweig ist den Beamten und Staatsarbeitern aller Art: Angestellten der Post, der Eisenbahn, Lehrern und Gerichtsorganen, der Austritt aus dem „sozialdemokratisch geleiteten“ Konsumverein angedroht worden. Erst treibt und eckelt man die bürgerlichen Elemente aus den Konsumvereinen hinaus, so daß fast nur noch Industriearbeiter ihm angehören, die natürlich Sozialdemokraten sind. Nachher wird ein angeblicher Parteicharakter des Vereins zum Vorwand von Maßregeln genommen, die nur dem Kränertum zum Vorteil gereichen sollen, während man doch den Vereinen keinerlei politische Tätigkeit nachsagen kann, die ja auch dem Gesetz widerspräche. Unsere Behörden wären sicher nicht zu scheu, von dem ihnen in diesem Falle zustehenden Rechte der Auflösung Gebrauch zu machen. Den Konsumvereinen schaden alle derartige Maßnahmen auf die Dauer nicht. Ob sie die staats-treue Bestimmung der so vergewaltigten und geschädigten Unterbeamten festigen werden, das zu prüfen, ist nicht unsern Amtes. Oft genug haben die eifrigsten Stützer der Staatsautorität sich als deren wirksamsten Zerlöser erwiesen.

Ein besonderer Verband christlicher Konsumvereine ist im Rheinland gegründet worden. Auch hier also, trotz des gesetzlich festgelegten unpolitischen Charakters der Konsumvereine, die beliebte Zerstückelungstaktik. Von der Gründung katholischer Unternehmer-syndikate haben wir noch nichts vernommen. Abgesehen ist bereits eine christliche Großeinkaufszentrale nach kurzem Dasein verkracht.

In Paisley (Schottland) hat der englisch-schottische Genossenschafts-Kongress getagt. Diefes gewaltigste genossenschaftliche Parlament der Welt vertrat einen Verband, dem Ende 1904 angehörten: 1439 Konsumvereine mit 2078000 Mitgliedern, 508 Millionen Mark Geschäftsumsatz, 1188 Millionen Umsatz und 188 Millionen Reichsmarken, ferner 149 Produktivgenossenschaften mit 18 Millionen Kapital und 62 Millionen Umsatz und 2 Großeinkaufsgesellschaften mit einem Kapital von 80 1/2 Millionen, einem Umsatz von 582 Millionen Mark, das sind die größten Handelsbetriebe der Welt. In Verbindung mit dem Kongress fand eine Erziehungskonferenz beabsichtigt die allgemeine Volksbildung statt. Für Bildungszwecke sind von den Genossenschaften im letzten Jahre 1,62 Millionen Mark verausgabt

worden. Das Erziehungskomitee fordert aber die Verwendung von 2 1/2 Prozent der Gesamtüberschüsse, also etwa des dreifachen Betrags für diesen Zweck. Eine große Kundgebung veranstaltete auch die Frauengenossenschaftsgilde, der über 27000 Frauen in etwa 500 Gruppen angehören. Auch ihr Tätigkeitsgebiet ist die genossenschaftliche Erziehung, ferner die Förderung der Genossenschaftsfrage unter dem allerärmsten, zur Selbsthilfe noch nicht fähigen Proletariat. Simon Kazenstein.

Notizenteil.

Der Kampf in der vogtländisch-thüringischen Textilindustrie.

Den Arbeitern und Arbeiterinnen der Färbereien und Appreturanstalten von Meerane, Glauchau, Reichenbach, Gera, Greiz usw. ist von einer machtpolitischen Unternehmerorganisation, der Färberkonvention, ein harter Kampf aufgezwungen worden. Sein Ausgangspunkt ist eine geforderte bescheidene Lohnerhöhung von etwa 1,50 bis 2 Mk. pro Woche. Die jetzt bei den Ringfirmen üblichen Hungerlöhne, die für Arbeiter, Familienväter, durchschnittlich 10 bis 15 Mk. wöchentlich betragen, erweisen vollauf die Berechtigung des Verlangens. Die Möglichkeit der Bewilligung wird aber durch zwei Umstände dargetan. Die Unternehmer, welche in einem anderen Verband als der Konvention zusammengeschlossen sind, haben sich schon seit Monaten mit ihren Arbeitern über eine Lohnerhöhung verständigt. Vor einiger Zeit führten die Färber und Appreteure einen Preisauflauf von 28 Prozent mit dem Hinweis auf die hohen Löhne durch, ohne daß die Arbeiter etwas von diesen hohen Löhnen zu spüren bekamen. Fast seit einem halben Jahre ziehen die Herren von der Konvention die Arbeiter mit Versprechungen an der Nase herum. Schließlich riß diesen der dicke Geldbeutel. Bei einigen Ringfirmen in Meerane und Glauchau trat die Arbeiterklasse für die Durchsetzung ihrer Forderung in Bewegung. Da die Fabrikbarone jede Verständigung abwießen, kam es zum Ausstand. Die sächsisch-thüringische Färberkonvention drohte daraufhin mit der Aussperrung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche. Die Verhandlungen, zu denen die Arbeiter drängten, enthielten die Absicht der Herren, um jeden Preis eine Machtprobe herbeizuführen und die „begehrlichen“ Lohnsklaven an die Wand drücken zu wollen. Sie verweigerten die Anerkennung der Organisation, indem sie abschlugen, deren Vertreter zu den Verhandlungen zuzulassen, ein unverschämtes Ansinnen, auf das die Arbeiter leider eingingen. Daß die Lohnforderung anbelangt, so verhöhten sie dieselbe durch das Anerbieten, den Verdienst täglich um 10 Pf., 60 Pf. die Woche, zu steigern. Das schlägt dem Faß den Boden aus. Mit seltener Einmütigkeit erklärten die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren Versammlungen, trotz ihrer Friedensliebe diese Bedingungen nicht annehmen zu können. Die Aussperrung kam. 12000 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden brutal auf Pflaster geworfen. Der Färbering droht weiter damit, daß der sächsisch-thüringische Weberverband seinerseits seine Arbeiterschaft aussperrt werde, wenn die Lohnsklaven der Färbereien nicht zu Akzeptanz kröchen. Wird die Drohung wahr, so schwingt Arbeiterunwillkür binnen kurzem über 90000 bis 40000 Proletarier die Hungerpeitsche. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Färbereien und Appreturanstalten stehen mutig, entschlossen und in bester Disziplin im Kampfe. Leider sind sie jedoch schlecht organisiert. Es wird der tatkraftigsten Solidarität des gesamten Proletariats bedürfnis, damit sie ein winziges Meier am Brot erringen. Die Kämpfenden selbst sind entschlossen, mit zäher Geduld dem Ansturm der Ausbeuter Trost zu bieten. Die kapitalistische Proffigier hat sie derart ans Darben und Hungern gewöhnt, daß die Leiden des wirtschaftlichen Krieges sie nicht schrecken. Möchte ihnen der Kampf außer der dämmernden Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation einen Sieg ihres Rechtes bringen.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Kommunale Fürsorge für Säuglinge. In Magdeburg sollen Unterrichtskurse für die Mütter über die Ernährung und Pflege des Säuglings eingerichtet werden. Zweites Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ist die Anstellung besoldeter Pflegerinnen, von denen jetzt drei amtieren. Die Damen haben vor allem die Kleinkinder zu überwachen. Sie sollen sich orientieren, wie die Kinder versorgt, ernährt und gekleidet werden, wie die Betten, die Wohnungen und die Pflege kranker Kinder beschaffen sind, bei unehelichen Kindern haben sie nötigenfalls die Pflegegelder von den zur Zahlung Verpflichteten einzuziehen. Das dritte und bedeutungsvollste Mittel zur Einschränkung der Säuglingssterblichkeit ist die Beschaffung billiger, einwandfreier Milch durch Errichtung einer städtischen Milchsterilisationsanstalt. Durch den Selbstbetrieb soll erreicht werden: 1. Die Garantie für die Verwendung von Milch mit genügendem Fettgehalt, 2. die weitere Garantie, daß bei der Fabrikation mit der größten Reinlichkeit verfahren wird, die ohne welche die Milch gefahrbringend wirken würde, 3. die ständige ärztliche Kontrolle und 4. ein Preis, der die billigste Abgabe ohne allzu große Opfer möglich macht. An Ausgaben erwachsen für Einrichtung und Betriebskosten im ersten Jahre etwa 12000 Mk. Ganz arme Leute erhalten die Milch umsonst, Arbeiter, Kleinbürger, Beamte usw., die ein Einkommen bis zu 1500 Mk. pro Jahr haben, sollen die Selbstkosten von 3 bis 4 Pf. für die Flasche zahlen. Da aber nicht leicht festzustellen sein wird, wie hoch das Einkommen der Bezahler

von städtischer Milch ist, wird in der Praxis wohl jeder Mann zum Selbstkostenpreis Milch erhalten, wenn er sie wünscht.

Wöchnerinnenversicherung in Italien. Nach dem Entwurf des italienischen Handelsministers soll in Italien eine Reichs-Mutterchaftskasse gegründet werden, die in der Zeit nach der Entbindung allen Frauen Unterstützung gewährt, denen das Gesetz zum Schutze der Arbeiterinnen die gewerbliche Arbeit untersagt. Die Einnahmen der Kasse sollen gebildet werden aus Beiträgen, die die Unternehmer und Arbeiterinnen zur Hälfte zu tragen haben, ferner aus den Strafen, welche den Unternehmern wegen Vergehen gegen das Arbeiterinnenschutzgesetz auferlegt werden. Es sind sieben Beitragsklassen gebildet: In die erste gehören die Arbeiterinnen, die einen Tagelohn bis 60 Centime verdienen, in die siebente Klasse diejenigen, deren Tagelohn von 3,61 Frank bis 4,20 Frank beträgt. Der Jahresbeitrag ist für jede Klasse auf zwei Tagelöhne festgesetzt; die Tagesunterstützung beträgt 1 Frank für die unterste, steigend bis 3,15 Frank für die oberste Klasse. Das Gesetz bestimmt, daß die Unterstützung nicht pfändbar ist, und daß die Beiträge mit denselben Mitteln eingetrieben werden können, wie die direkten Steuern. Italien ist damit das erste Land, das den Versuch macht, eine besondere Wöchnerinnenversicherung einzuführen. Leider umfaßt der Entwurf einen viel zu geringen Teil der in Italien berufstätigen Arbeiterinnen. Die in der Hausindustrie, der Landwirtschaft, im Haushalt und im Handel tätigen Arbeiterinnen sind gänzlich ausgeschlossen. Die Versicherung erstreckt sich nur auf die in der Industrie tätigen Arbeiterinnen, welche dem Gesetz zum Schutze der Frauen- und Kinderarbeit von 19. Juni 1902 unterstehen; das geplante Gesetz wird demnach nur etwa 1/3 Million Arbeiterinnen zugute kommen. Wir werden demnächst eine eingehende Erörterung des Entwurfs veröffentlichen.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Von der Tätigkeit der württembergischen Assistentinnen der Fabrikinspektion. Die beiden Gewerbeaufsichtsbearbeiterinnen in Württemberg haben im Berichtsjahr 1904 zusammen 1877 Revisionen vorgenommen. Sie revidierten 901 Fabriken, darunter 301 Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion, ferner 911 Werkstätten und Betriebe, auf welche das Kinderschutzgesetz Anwendung findet, und 63 Betriebe, in denen wider Erwarten keine Kinder beschäftigt waren. In Mädchenheimen, Krippen und anderen sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen machten sie 18 Besuche; mit Behörden, Arbeitgebern und Vertrauenspersonen der Gewerkschaften usw. hatten sie 360 Besprechungen. Ihre Revisionsstätigkeit hat interessantes Material zur Frage der Frauenarbeit und eine Fülle tief erschütternder, himmelschreiender Tatsachen einer grauenvollsten Kinderausbeutung zutage gefördert. Die „Gleichheit“ wird sich noch eingehend damit beschäftigen.

Eine wachsende Fühlung zwischen Fabrikinspektorinnen und Arbeiterinnen konstatiert der Bericht der bayerischen Gewerbeaufsicht für 1904 in zwei Bezirken. Aus Oberbayern meldet er eine steigende Inanspruchnahme der Assistentin von Seiten der Arbeiterinnen. Der Berichterstatter für Niederbayern verzeichnet, daß der Verkehr der Assistentin mit den Arbeiterinnen ein sachdienlicher ist, und daß Interesse und Verständnis der letzteren für die Gewerbeaufsicht im Wachsen begriffen sind. Der Bericht für die Oberpfalz erklärt leider dagegen, daß den Arbeiterinnen noch größtenteils das Verständnis für die Tätigkeit der Assistentin fehlt. Als Vertrauenspersonen wie als Aufsichtsratsmitglieder, Lehrerinnen der Arbeiterinnen haben die Genossinnen zusammen mit den Gewerkschaften auf dem Gebiet der Gewerbeaufsicht noch ein ausgedehntes und fruchtbares Feld zu bestellen.

Frauenbewegung.

Eine rührige Beteiligung von Frauenrechtlerinnen am Landtagswahlkampf in Bayern ist als günstiges Zeichen für die wachsende politische Erkenntnis der bürgerlichen Frauenwelt zu verzeichnen. Eine Gruppe sogenannter „Radikaler“ unter Führung von Lida Gustava Heymann-Hamburg hat fleißig geholfen bei der Bureauarbeit, bei Abfassung und Verbreitung von Flugblättern, Verteilung von Stimmzetteln, persönlicher Agitation unter den Wählern wie beim „Schlepperdienst“. Die Damen besorgten das Flugblattverteilen zum Teil per Rad. Die bei der weiblichen Wahlhilfe von anglistischen Gemütern prophezeiten Unannehmlichkeiten sind nirgends eingetreten. Bemerkenswert ist die Frauenrechtlerinnen ausschließlich im Dienste der Liberalen arbeiteten, und daß das Groß ihrer Genossinnen, mit Fräulein Freudenberg an der Spitze, ihrer Tätigkeit „kühl bis ans Herz hinan“ gegenüberstand.

Frauen als vollberechtigte Mitglieder eines liberalen Vereins. Durch die kürzlich vollzogene Verschmelzung der Nationalsozialen mit dem Liberalen Verein in Leipzig sind die weiblichen Mitglieder der ersteren Organisation nun auch gleichberechtigte Angehörige der letzteren geworden. Die Mitgliedschaft der Frauen wurde nicht ohne Opposition anerkannt, die jedoch schließlich vor der festen Haltung des nationalsozialen Vorstandes kapituliert. 16 Frauen sind Mitglieder des Leipziger Liberalen Vereins geworden.

Die Gründung einer technischen Hochschule für Frauen wird — beruhige dich, deutscher Philister! — nicht etwa in Deutschland, sondern in Rußland geplant. In Petersburg soll für Frauen eine Ingenieurschule errichtet werden mit einer chemisch-elektrischen und einer bautechnischen Abteilung.

Die Sternennacht.*

Von Otto Erich Hartleben.

O jene Tage sind so fern,
Da einst Genuss des Menschen Loß,
Die Zeit ist hell vom Morgenstern,
Doch sonnenlos.

In dieser Nacht, im Sternenschein
Schläft rings das Volk auf feuchter Streu,
Stets von der Träume bunten Reihn
Genarrt aufs neu.

Rein Jagen tritt an sie heran,
Was ihnen träumt, scheint ihnen wahr:
Vergessen dieser Schatten Bann,
Fern die Gefahr.

Doch die vom Fels im Sternenstrahl
Den Osten wenden ihr Gesicht,
Sie fühlen dieses Dunkels Qual,
Sie träumen nicht.

Die großen Augen, hoffnungskühn,
Erlehn die Stunde, da es tagt —
Die großen Augen bangend glühn
Durch tiefe Nacht.

Und ihre Schwerter, blank und klar,
Funkeln im Sternennacht —
Sie kennen dieser Nacht Gefahr,
Sie träumen nicht!

Erwacht vom Traume bin auch ich
Und schäme mich der langen Ruh:
Ob manches schöne Bild entwich —
Noch leuchtest du,

Du Hoffnung einer lichten Welt,
Du Sternbild, das im Osten flammt
Und jedes Menschen Herz erhellt,
Das gottentstammt!

Die Eigentumsfanatiker.

Von Ludwig Thoma.

(Schluß.)

So ein Bürgermeister ist doch ein geplagter Mensch,
denkt der Scheiblhüber; alle Augenblick wird er gefragt,
wie und wo, und muß Red' und Antwort stehen für
andere Leut. Und wenn der hinterste Gütler oder Häusler
mit Fleiß die Wappelmarken nicht aufspappt, blasen sie
im Bezirksamt drin dem Bürgermeister einen Landler
auf. Mücht keiner sein, der Scheiblhüber.

Aber was ist denn das? Der Briefbot reißt sich ja
auf seinen Hof zu; müßt nicht, warum.

„Grüß Gott, Bauer! Ich hab' eine Zustellung für dich.“
„War nit z'wieder! Wirst doch schon irrig sein, Langl-
maier, und den Bürgermeister meinen.“

Der Briefbot Langmaier war aber nicht irrig; es ist
kein anderer gemeint gewesen als der Scheiblhüber, der
sich jetzt von der Bäuerin die Brillen bringen läßt und
das Schreiben bedächtlich öffnet.

„Klage des Advokaten Bierdimpfl namens Korbinian
Ranstlmoser, Bauer in Kraglsing, gegen Kastulus Scheibl-
hüber, Bauer daselbst, wegen Besitzstörung.“ — —

Himmel Laudon — —!

Ranstlmoser, wenn du jetzt über den Zaun schauen
könntest, was müßttest du für eine Freud haben! Krebs-
rot ist der Scheiblhüber vor Zorn, und nach jedem Satz,
den er aus der Schrift zusammenbuchstabiert, tut er einen
abscheulichen Auspruch. So ist's recht. Jetzt weiß er,
warum er das March herausgerissen hat; jetzt sieht er,
daß der Scheiblhüber nicht bloß Regel scheiben darf und
der Ranstlmoser müßt aufsehen.

Endlich ist er am Schluß des Besprechens angelangt,
wo es heißt: „Der Bellagte soll sämtliche Kosten des
Rechtstretens tragen.“ Ja, halt auf ein bissel! So schnell
geht das nicht beim Kastulus Scheiblhüber, Büchlbauer
von Kraglsing!

Es gibt noch ein Gesetz im Land und Advokaten genug;
eine Verhandlung muß her, und ein Augenschein, und
auf den Schwur muß der Ranstlmoser hingetrieben werden.

Richtig; am andern Morgen fuarzen wieder ein paar
Glanztiefel auf dem lehmigen Feldweg. Diesmal ist es
der Scheiblhüber, der fuchsteufelswüld mit dem Gehsteckerl
links und rechts in die Grashalme hineinhaut und dabei
eine Red' einstudiert für den Advokaten in München.
Und um dieselbe Zeit, wann die Sonne am höchsten
über Kraglsing steht, legt in der Stadt drin der Kanzlei-
schreiber einen blauen Altendeckel vor sich hin, schreibt
sein säuberlich darauf: Ranstlmoser contra Scheiblhüber,
und wickelt einen langen Spagat darum. Er denkt wohl
nicht daran, was er da alles eingebunden hat; wie viel
Zorn, Verdruß und Kummer, wie viel sauer erspartes
Geld! Und der Scheiblhüber denkt auf dem Heimwege
gewiß auch daran zu allerleht; jetzt ist es schon, wie es
ist, und muß halt weiter gehen. Und es geht auch weiter.

* Die Gedichte von Otto Erich Hartleben sind dem Bande ent-
nommen: „Meine Verse“, Berlin, S. Fischer. Er enthält vom
Edelsten und Schönsten der modernen deutschen Dicht.

Während die zwei Kraglsinger draußen in der Glüh-
hitze arbeiten den ganzen Sommer lang und froh sind
um jedes Büschel Heu und Stroh, das sie gut herein-
bringen, werden in der Stadt so viele Bogen Papier
verschrieben in Sachen Ranstlmoser contra Scheiblhüber,
daß man damit den ganzen Guggenbichlacker zudecken könnt.

Die Alten werden von selber alleweil dicker, und wie
im Herbst die Felder leer gestanden sind, ist eine Gerichts-
kommission hinausgekommen. Die Leute von Hugsing,
Kraglsing und Zeidlbaching haben sich eingefunden wie
bei einem Wettrennen oder einer anderen Lustbarkeit.
Jeder ist glücklich gewesen, der als Zeuge vernommen
worden ist, denn nichts hat ein Bauer lieber, als wenn
das aufgeschrieben wird, was er sagt. Die Herren sehen
es so schön hochdeutsch, daß es sich Justament ausnimmt
wie etwas Gedrucktes und ganz Gescheites. Außerdem
hat man Gelegenheit, die Herren vom Gericht und die
Advokaten recht genau zu beobachten, was sie sagen,
und was sie dabei für eine Miene aufsetzen. Zu guter
Leht leidet das Zeugengeld eine Maß beim Unterwirt,
wo man jetzt beinahe jeden Tag zusammenkommt und
seine Meinung abgibt.

Am Tage Kordula, den 22. Oktober, ist dann das
Urteil herausgekommen. Die Ranstlmoserin hat keine
Freude gehabt über das Namenstagsgeschenk. Es hat
in dem Schreiben freilich geheißen, daß der Scheiblhüber
den alten Zustand herstellen muß, aber der Ranstlmoser
auch; und weil jeder ein Teil Unrecht gehabt hat, muß
jeder die Hälfte von den Kosten tragen. Aber trotzdem
war sie froh, daß die Geschichte endlich vorüber war;
vielleicht würden die Männerleut doch wieder gut mit-
einander; es ist ihr arg genug gewesen, daß sie so lang
mit der Scheiblhüberin keinen Diskurs mehr hat führen
dürfen. Und es ist auch nach und nach so gekommen;
weil keiner den Prozeß ganz und gar verloren hat, hat
jeder glauben können, daß er doch in der Hauptsach der
Gewinner war; es läßt sich aus jeder Sach etwas Gutes
herausfinden. Und zuletzt darf man nicht vergessen, daß
die Reputation von jedem durch den Prozeß gewonnen hat.

Ein halbes Jahr hat er gedauert, die Advokaten haben
schön geredet, und lateinisch ist schier mehr gesprochen worden
wie deutsch. Also Ranstlmoser, was willst noch mehr? Die
Fretter im Dorf möchten auch diesmal eine Gaudi haben;
jetzt haben sie noch einmal so viel Respekt vor den zwei.

Bloß der Häusler Felberhofer hat einmal den Scheibl-
hüber im Wirtshaus spöttisch gefragt, was denn der
ganze Guggenbichlacker kostet, wenn drei Händ voll davon
schon dreihundert Mark wert sind.

Der Habnichts! Das Tröpfel, das armjelige!

Sängerlos.

Von Lu Märten.

In die Welt trat ich ein als ein wunschloser König,
Singvogel auch, von der Sonne Gnaden;
Auf die fremden Wunderbarfen
Spannt ich neuer Zeiten Sehnen;
Wachte all die leisen, leisen Lieder,
Und die alten Märchen, die so lange schliefen,
Stehen wieder auf in neuen Farben,
Kränzen dir die müde Stirne,
Zeigen dir Pfade, die niemand sieht,
Vor deiner Sehnsucht die Zukunft kniet!

Welt, gib dein Tagewert in Ruh,
Höre mir zu.

Verklungen der Ton, verrauscht nun die Lieder,
Keiner Liebe Echo brachte sie wieder;
Meine Harfe schweigt wie ein wartend Kind,
Wir küstern uns zu, daß wir müde sind,
Und lauschen doch immer wieder —
Bis der Weltenwinter das Herz erstarrt,
Und die Sonnennot unsere Träume narret
Und das Sehnen müder und müder.

Kein warmes Wort die arme Hoffnung weckt,
Und keine Hand sich uns im Dunkeln streckt,
Alles umsonst —

Was willst du nun, Welt? —
Fürwahr, du bist gut und groß,
Es barmt dich der Singvögel Loß;
Streust trocken Brot in den Märchenwald,
Fragt noch, ob er von Liedern hallt! —
Und der einst dein König und nun dein Knecht,
Der Sänger, er neigt sich in Not —
So hört, was die Welt mir bot:

Ein Krämerlos für den Königstuhl,
Für mein Meer voll Gold — einen Weltenpfehl,
Du liebsüße Kunst, meine Königin,
Sollst beugen deinen stolzen Sinn! —
Genug der Pein!
O Welt, laß mich sein!
Laß mich los.

Es schrie noch einmal die Harfe auf —
Es stöhnte im Lann der Wind,
Es endet ein Stern den schnellen Lauf,
Es starb ein Königskind! —

Da klingt durch die Welt ein verwaistes Lied,
Und stärker schwillt der Ton;
Vor Dichters Schmerzen die Zukunft kniet,
Des schlafenden Sängers Lohn. —

Moderne Ode.

Von Otto Erich Hartleben.

Erschlafft im Schläfe kindischen Glaubens, hast
Du lang genug jezt, duldbendes Volk, geruht.
Ermannet euch — und eurer Ketten
Kostige Reife, sie werden brechen!

Nicht länger betend winselt in leere Luft,
Auf dieser Erde wirkt und erschafft das Heil.
Verlacht der Pfaffen schändliche Lüge,
Die da vertröstet aufs bessere Jenwärts!

Fort mit dem Trugbild ewiger Seligkeit,
Das aus dem Leben, drin es zu leben galt,
Euch tatenlose, freudelose,
Lockt in die schweigende Nacht des Todes!

Die Wiederkunft.

Von Otto Erich Hartleben.

Prometheus brach jahrtausendalte Fesseln.
Er reißt die Glieder, er erhebt das Haupt,
Und wie ein Morgenrot erhellt die Welt
Der ungebrochne Strahl der großen Augen.
— Prometheus! Prometheus!

— Ihr Menschen, die mein Schöpfersehnen tief
Hervor aus Licht der götterfrohen Sonne,
Habt ihr vollendet, was ich ahnend sann?
Lebt ihr und dankt ihr mir das Leben?

Der Funke, der aus meinen Händen troff,
Erhellte er eure Stirn?
Die Liebe, die mein Atem euch gehaucht
In kalte Brust, hat sie die Brust durchseelt?

Ich lag, geschmiedet in die Eisenbande,
Am harten Fels. Zu meinen Füßen rauschte
Das Meer, und seiner Brandung wilder, steter
Laut überdünnte alles Menschliche.
Der Gischt der Fluten hüllte jede Ferne
Vor meinem Blick in weiße Schleier.

Menschen!
Ich brach die Ketten neiderfüßter Götter —
Ich rufe euch! Hört mich!
— Prometheus! Prometheus!

Da kroch heran das slavische Gezucht
Der Menschen. — Herr, wie sollen wir
Dir dienen? — Unterwürfigkeit im Blick,
Gekrümmt den Rücken und gebeugt das Knie.

Ein Mann mit einem goldnen Reif im Haar
Sprach: Dein Geschenk verehren wir gebührend.
Ich beuge mich vor deiner Schöpfergröße,
Und meine Untertanen sind die deinen.

Ein Mann im groben Kittel voller Schmutz
Sprach: Herr, ich friste mir mit meiner Arbeit
Das Leben, und mein Weib ernährt die Kinder.
Wir sind zufrieden, und wir danken dir.

Und nach ihm kamen andere, ungezählt,
Und alle sprachen scheu und lallten:
— Herr! Herr!

Ein Häuflein stand beiseit und blickte stumm
Auf jene, die vor ihnen lagen
Zu Füßen des entfesselten Gebieters.
Verachtung suchte herb um ihre Lippen,
Auf ihren Brauen lag der Troß.

— Und ihr?

— Der Funke, der aus deinen Händen troff,
Der Strom der Zeiten hat ihn ausgelöscht.
Die Liebe, die dein Atem einst gehaucht
In Menschenbrust, sie ist erstirbt und tot.

Enterbt, im Staube wälzen sich Millionen
Und fühlen keine Schmach.
Und andre treten auf die Menschenstirnen
Und fühlen keine Scham.
Sieh dieses Volk zu deinen Füßen winseln,
Das nur nach neuen Höhen noch verlangt,
Und frage nicht!

Prometheus schweigt und sinnt.
Dann heftet er des Auges Glanz
Auf diese, die da aufrecht vor ihm stehen,
Und langsam rollen seine Worte:

— Geschaffen hab' ich Menschen.
Groß war das Werk, und Stolz fällt meine Brust,
Seh' ich auf euch, auf meine echten Söhne.
Doch nicht umsonst war ich gefesselt!
Weit Größeres wahrlich gilt's noch zu vollenden:
Der Funke muß zur Flamme werden!

Da zuckt erhabner Freude lichte Blut
Auf jenen düstren Stirnen auf.
Sie jauchzen:
— Prometheus! Prometheus!